

Ihre Aufgabe in einer fast rücksichtslosen Unterdrückung der kleinen Pächter.

Nach Gen. Klapsch, der ebenfalls die einseitige Haltung der Ortsbauernräte brandmarkte und mehr Recht für die bisher ohne einheitliche Gesetzgebung dastehende Landarbeiterschaft forderte, richtete Gen. Schubert den Appell an die großen sozialistischen Parteien der Welt, uns in unserem Kampfe für Freiheit und Brot zu unterstützen und uns endlich in Ruhe arbeiten zu lassen.

### Notwendigkeit der Planwirtschaft

Gen. Stockbauer stellte die Analogie zwischen der ÖVP und der KPÖ in der Frage der Versorgungsausschüsse fest. Dr. Illig, als Schutzpatron des Gewerbe- und Handelsstandes, wollte durch seine Verordnung die verkrachte Wirtschaftspolitik eines fehlgeleiteten Ministeriums decken. Am Ende eines Krieges könne uns nur die Planwirtschaft in eine bessere Lage führen. Heute sei die gesamte Wirtschaft der ÖVP und ihren alten Methoden ausgeliefert und deshalb stehen wir an der Schwelle eines wirtschaftlichen Durcheinanders.

Wenn für Exportschube der Preis von drei Monatsgehältern bezahlt werden müsse, sei dies ein Schritt zur Inflation und Hochverrat an unserem Volke.

Nur eine planmäßige Erfassung der Produktion und ihrer Verteilung könne dem Chaos entgegenwirken. Dies sei bereits auch der breiten Masse zum Bewußtsein gekommen und in den Kreisen der Bauern und des Mittelstandes mache sich eine ablehnende Haltung gegenüber dieser ÖVP-Politik bemerkbar. Trotz aller kommunistischen Quertreibereien müßten wir versuchen, einen Weg zu Rußland zu finden. Der gesamte Kampf der KPÖ sei heute gegen die SPÖ und nicht gegen die Reaktion gerichtet. Dieser Kampf der verkehrten Fronten werde ihnen auf keinen Fall auch nur ein Mandat mehr bringen.

Gen. Rack richtete an den Parteivorstand eine Anfrage nach dem Einfluß des Landes auf die Preisbildung. Gen. Wolf forderte Aufklärung über bestimmte Zeitungsartikel und über die Stellung der Partei zu den Nationalsozialisten, die noch in ihren Stellungen sind.

### Demagogie der Kommunisten

Gen. Preminger sprach von der großen Verantwortung der sozialistischen Vertrauensmänner und forderte sie auf, noch mehr als bisher aufklärend in den Betrieben dahin zu wirken, daß ein Streik sämtliche Fortschritte im Wiederaufbau zunichte machen würde. Er wendete sich scharf gegen die demagogische Politik der Kommunisten, die die Schuld immer nur beim österreichischen Volk suchen, und zu jeder Handlung, die die Kompetenz der Regierung weiter einschränke, begeistert Beifall klatschten. Es wäre vielmehr die Aufgabe der Kommunisten, ihren großen Freund von der Notlage Österreichs zu unterrichten und die für unsere Wirtschaft wichtigen Industriebetriebe freizubekommen. Immer wieder müsse der KPÖ der Vorwurf gemacht werden, daß sie ihre eigenen politischen über die österreichischen Interessen stelle.

### Reaktionäre Wirtschaftspolitik

Gen. Holzinger trat für eine strenge Überwachung der Produktion und des Exportes ein und stellte fest, daß derzeit unsere Ausfuhr fünfmal so hoch sei als unsere Einfuhr. Der geringe Überrest unserer Wirtschaft werde nach den privatkapitalistischen Interessen der ÖVP gesteuert und es sei endlich notwendig, dieser reaktionären Politik einen Riegel vorzuschieben.

Gen. Steiner (Arnfelds) verurteilte gleichfalls die einseitige politische Einstellung der Ortsbauernräte.

Gen. Taurer verlangte, daß die Versorgungsausschüsse wieder voll reaktiviert würden.

### Macholds Schlußworte

In seinem zündigen Schlußwort stellte Gen. Machold fest, daß die Sozialisten heute genau so einsam im Kampf ständen wie 1934. Daraus erwachse ihnen aber nur noch eine höhere Verpflichtung, für die Zukunft unseres Volkes zu arbeiten und die Mängel in rücksichtsloser Offenheit aufzudecken. In späteren Jahren werde das Volk erkennen, daß unsere Partei recht gehabt habe und ihre Forderungen die einzig richtigen waren. „Das Vertrauen des einfachen Mannes zu unserem Programm wächst immer mehr, und die nächste Wahl wird beweisen, wer die richtige Politik für Österreich gemacht hat.“

Machold legte sodann die Stellung zu den Nationalsozialisten fest und erklärte, daß wir einen scharfen Trennungsstrich zwischen Schuldigen und Mitläufern ziehen müssen.

Wer keine Schuld auf sich geladen habe, dem müsse es möglich gemacht werden, am Wiederaufbau Österreichs mit seiner ganzen Kraft mitzuarbeiten. Machold wies auf die Schuld hin, die den Kommunisten an den Mißverständnissen zwischen Rußland und Österreich zukomme. Der einzige Mann, dem es möglich gewesen wäre, eine einseitig verständigende Haltung einzunehmen, sei nun als Bundespräsident aus wichtigen Teilen der aktiven Politik ausgeschaltet. Wir müßten die Sowjetunion darüber aufklären, daß die Absicht der KPÖ, einmal in Österreich eine Massenpartei werden zu können, völlig abwegig sei und daß nur die SPÖ imstande sei, Rücksicht und eine Diktatur in Österreich zu verhindern, und die Demokratie zu sichern. „Unser Weg zum Sozialismus“, so schloß der Landeshauptmannstellvertreter, „ist nicht der eine; der über ein Blutbad führt, sondern der andere des ruhigen, abgewogenen Sozialismus, dessen Erfolg aber umso nachhaltiger sein werde. Stalin selbst hat diese beiden Wege zum Sozialismus als gangbar bezeichnet. Diesem Sozialismus gehört das 20. Jahrhundert. Wir wissen, daß im kom-

# Gegensatz Steele—Kurassow

## Der Alliierte Rat entzweit sich über das Verstaatlichungsgesetz

WIEN, 25. Oktober. (ACA.)

Der Alliierte Rat für Österreich ist heute in Wien zusammengetreten, auf der der britische Hochkommissar in Österreich, Generalleutnant Steele, folgende Erklärung abgab: „Es ist offensichtlich geworden, daß ein grundsätzlicher Gegensatz in der Einstellung des britischen und sowjetischen Elements hinsichtlich des Artikels 6a besteht, der die einstimmige Billigung der österreichischen Verfassungsgesetze durch alle vier Großmächte vorsieht.“

Durch den Artikel 6a hat jede der vier Mächte freiwillig nach dem 28. Juni 1946 auf ihr Recht verzichtet, einseitigen Einspruch gegen irgendeinen Gesetzesakt zu erheben, der keine Verfassungsänderung bedeutet.

Das sowjetische Element behauptet, daß das britische Element das Kontrollabkommen verletzt habe, da es zuließ, daß das österreichische Verstaatlichungsgesetz rechtskräftig wurde. Das sowjetische Element wünscht, daß der Alliierte Rat dagegen Einspruch erhebt. Seine Gegnerschaft stützt sich nicht auf das Prinzip der Verstaatlichung, sondern darauf, daß dieses Gesetz auch über deutsches Eigentum verfüge. Nach Ansicht des britischen Elements verfügt es jedoch in keiner Weise über deutsche Guthaben, es überführt gewisse Unternehmungen in das Eigentum Österreichs.

### Abtransporte verhindern Reparationsverhandlungen

WASHINGTON, 25. Oktober. (UP.)

In amerikanischen Regierungskreisen erwartet man, daß Rußland die vorgeschlagene internationale Konferenz zur Festsetzung der japanischen Reparationsleistungen boykottieren werde. Trotzdem wird die Kontrollkommission im Fernen Osten in ihrer nächsten Sitzung das Datum dieser Konferenz festsetzen.

Die erwartete russische Absage wird mit der amerikanischen Forderung zusammengebracht, die durch die Rote Armee aus der Mandschurei entfernten industriellen Anlagen im Werte von mehreren Millionen Dollars von den Rußland endgültig zuerkannten Reparationsleistungen in Abzug zu bringen. Bisher weigerte sich Rußland von dem Standpunkt abzugehen, daß es sich dabei um Kriegsbeute

Jeder berechnete Anspruch der Sowjetregierung hinsichtlich deutscher Guthaben in Ostösterreich und jeder Anspruch der übrigen Alliierten im restlichen Österreich, bleibt genau so bestehen, wie zur Zeit der Beschlußfassung über das Verstaatlichungsgesetz. Die auftauchenden Schwierigkeiten können nur durch eine Einigung über die Definition des Begriffes „Deutsches Eigentum“ gelöst werden.

### Kampf um drei Gesetze

Das sowjetische Element hat gegenüber vier anderen Gesetzen eine ähnliche Haltung eingenommen, nämlich gegenüber der Aufhebung des Filmwirtschaftsgesetzes, gegenüber dem Warenverkehrsgesetz und dem Verwaltungsgesetz. Die beiden letzten wurden von den drei anderen Elementen gegen den sowjetischen Einspruch gebilligt und wurden im Sinne des Artikels 6a eindeutig rechtskräftig, da innerhalb von 31 Tagen kein einstimmiger Einspruch erhoben wurde und das sowjetische Element hat kein Recht, die Entscheidung des Alliierten Rates, die auf diese Weise rechtskräftig wurde, einseitig zurückzuweisen.

Bezüglich der beiden früheren Gesetze scheint das sowjetische Element gleicherweise wie im Falle des Verstaatlichungsgesetzes der Ansicht zu sein, daß sie in irgendeiner Weise die Rechte der Sowjets, die sie bezüglich der deutschen Guthaben geltendmachen, verletzen.

handle, die nicht auf die Reparationen angerechnet werden könnte.

General MacArthur drängte wiederholt auf schnelle Einberufung der Reparationskonferenz, da Millionenwerte an Maschinen und industriellen Anlagen in bombengeschädigten Fabriken durch die Witterungseinflüsse unbrauchbar zu werden drohen. Der amerikanische Beauftragte für Reparationsfragen, Botschafter Edwin Paulay, arbeitete zwei geheime Denkschriften für Präsident Truman aus, die als Verhandlungsgrundlage für die Reparationskonferenz dienen sollen. Ein Dokument enthält detaillierte Aufstellungen über die Fortbringung industrieller Ausrüstung durch die Rote Armee aus der Mandschurei, die der Botschafter vor kurzem besuchte. Danach haben diese Abtransporte industrielle Erzeugungsanlagen im Werte von mindestens zwei Milliarden Dollar lahmgelegt. Die Rote Armee entfernte Schlüsselteile der Anlagen, womit die Produktionsmöglichkeiten der Industrien ausgeschaltet werden.

### Sowjetunion gegen Debatte des Vetorechts

NEWYORK, 25. Oktober. (Reuter.)

Die Delegierten der Vereinten Staaten auf der Vollversammlung der UNO entschlossen sich gestern gegen die Vorschläge der Sowjetunion, das Vetorecht von der Tagesordnung abzusetzen, Stellung zu nehmen und man erwartet, daß die Angelegenheit bei der ersten formellen Sitzung des leitenden Ausschusses diskutiert wird. Die amerikanische Delegation hat sich jedoch entschlossen, an der Eröffnungsdebatte nicht teilzunehmen, um die Arbeit der Vollversammlung zu beschleunigen.

Der Sprecher der britischen Delegation erklärte, daß sich auch Großbritannien den Vorschlägen der Sowjetunion bezüglich der Absetzung der Vetofrage von der Tagesordnung entgegenstellen werde. Die britische Ansicht diesbezüglich ist, daß dies unvereinbar mit den Bedingungen der Charta der UNO wäre.

### Fesikoncert der Städtischen Bühnen im Opernhaus

zur 950-Jahr-Feier Österreichs

Der Abend betonte in seiner bunten Spielfolge mehr die repräsentative, als die ausgesprochen künstlerische Note. Dadurch gelangten die wertvollsten Nummern des Programms nicht immer zu jener vollen Wirkung, die ihnen in anderer Umgebung auf Grund ihrer einwandfreien künstlerischen Aufführung gewiß gewesen wäre. So wirkte, um gleich ein Beispiel zu geben, das entzückend gelanzte und inszenierte Rokokospiele „Les petits riens“, jene Jugendkomposition Mozarts, inmitten der von den Sängern in Kleidern von heute gebrachten konzertanten Darbietungen, stilistisch etwas befremdlich, etwas „out of place“, wie die Engländer sagen, während umgekehrt die durchwegs vorzüglich gebrachten Opernszenen in ihrer Gestaltung durch Künstler in Frack oder modernem Abendkleid daran gemahnte, daß, was sich vor unseren Augen vollzog, zwar auf der Bühne, also auf legitimen Schauplatz vor sich ging, aber unter Einschränkungen, wie sie eben die gewählte „repräsentative Note“ gebot.

Das Programm enthielt neben selten gehörten Kostbarkeiten gleich der stilvoll gesungenen Barock-Arie des steirischen Meisters J. J. Fux (1660—1741) den herrlichen Kanon aus „Fidelio“ und die wunderbar ausdrucksstarke Klage des Orpheus (aus den Opern Beethovens, resp. Glucks), aber auch als ganz besonders dankenswerte Gaben moderne Werke von Franz Schmidt, Julius Bittner und Franz Schreker.

Den stärksten Eindruck hinterließ in seiner unerhörte klinglich-sinnlichen Wirkung die Zwischenakts- und Karnevalsmusik aus Schmidts Oper „Notre dame“. Alle Mitwirkenden waren mit Eifer, ja mit schöner Begeisterung um das Gelingen des festlichen Abends bemüht. Wir nennen die Namen der Künstler und Künstlerinnen, die sämtliche

### Naziminister fahren nach Nürnberg

DACHAU, 25. Oktober. (Reuter.)

Die amerikanische Militärregierung in Deutschland gibt bekannt, daß weitere Naziführer von besonderen amerikanischen Gerichten abgeurteilt werden sollen. Diese Gerichte dürften ihre Arbeit bereits im nächsten Monat aufnehmen. Die ersten Angeklagten werden 23 Doktoren und Wissenschaftler sein, die in den Konzentrationslagern Menschen zu Experimenten mißbraucht haben. Weitere Anklagen werden sich gegen Militärs und Industrielle richten.

Eine Reihe früherer Naziminister, die seit ihrer Gefangennahme im Dachauer Konzentrationslager interniert waren, wurde zu ihrer Aburteilung nach Nürnberg gebracht. Es handelt sich dabei um den Chef der Reichskanzlei, Meißner, Staatsminister Lammer, Landwirtschaftsminister Darré, dessen Nachfolger Backe, und Staatssekretär im Luftfahrtministerium Feldmarschall Milch.

Nach Ludwigsburg bei Stuttgart wurden der letzte Außenminister und vormalige Finanzminister Schwerin-Krosigk und Postminister Ohnesorge gebracht. Neue Verfügungen machen die Aburteilung führender Persönlichkeiten der Achsenmächte, soweit sie nicht vor das Nürnberger Tribunal gestellt wurden, möglich.

Weiters werden der frühere Reichspresseschef Dietrich, der frühere Gauleiter und Verwalter der Ukraine Erich Koch, der frühere Gauleiter Wilhelm Stucker, der frühere Staatssekretär im Justizministerium Schlegelberger und möglicherweise auch General Guderian vor Gericht gestellt.

### Landwirtschaftliche Krise in der CSR

PRAG, 25. Oktober. (FND.)

Der Abzug der Sudetendeutschen droht in gewissen Gegenden der Tschechoslowakei eine schwere landwirtschaftliche Krise herbeizuführen. Einer offiziellen Meldung zufolge wurden in der Gegend von Mährisch-Ostau 7000 Hektar Ackerland noch nicht abgeerntet und in 17 Dörfern wurde die Kartoffelernte noch nicht eingebracht. Fast im gesamten Gebiet von Krnov wurde die Winterfaat noch nicht durchgeführt. In der Gegend von Osoblazek haben 15 Dörfer praktisch keinen einzigen Einwohner mehr.

### Aus aller Welt

#### Zwei Millionen Tonnen Kohle von der Ruhr

(BBC.) In den vergangenen zwölf Monaten bis Ende September wurden insgesamt 12½ Millionen Tonnen Kohle aus der britischen Besatzungszone Deutschlands exportiert. Rund zwei Millionen Tonnen Kohle erhielt Österreich.

#### Franco baut spanischen „Westwall“

(Reuter.) Die Armee General Francos hat mit dem Bau ausgedehnter Befestigungsanlagen entlang der gesamten französisch-spanischen Grenze begonnen. Die Befestigungen, die sich ihrem Maßstab nach mit den deutschen Befestigungsanlagen des Westwalls vergleichen lassen, besitzen ein Untergrundsystem von Tunneln und viele verstärkte Betonbunker.

#### Eine Million USA-Streitkräfte

(BBC.) General Eisenhower erklärte, daß weitere Verminderungen der amerikanischen Besatzungskräfte nicht vorgesehen sind. Die Vereinten Staaten werden in überseeischen Ländern 400.000 Mann halten, die Armee im Inland wird etwas über 600.000 umfassen.

#### 15.000 Mann Verluste der Nationalarmee

(Reuter.) Die Kommunisten gaben bekannt, daß sie seit dem Beginn der Kämpfe im Oktober 15.000 Mann der nationalen Streitkräfte des Generalissimus Tschiangkaischek vernichtet hätten. Dadurch, daß sie Kampfhandlungen vermieden, konnten sie den Großteil ihrer Armeen in Kampfstärke erhalten.

Mitglieder des Städtischen Opernensembles waren, in alphabetischer Reihenfolge: Es sangen die Damen v. Bartsch, Eschbach, Kallab, Pirschl, Recka, Schubert und Töpfer; die Herren Herbert, Janko, Thöny, Weiser und Winkelhofer, sowie der gesamte Opernchor. Die Einstudierung und Choreographie der Tänze stammte von Andrey Jerschick, die musikalische Leitung war Maximilian Kojetinsky anvertraut worden, dem als zwar zuletzt genannten, dennoch ein gerüttelt Maß des Beifalls galt, welchen das Publikum nach dem Verklingen der letzten Programmnummer, des „Kuhreigen“-Chores von Wilhelm Kienzl, allen Mitwirkenden zollte.

### Kurze Kultur Nachrichten

Professor Rudolf Moralt dirigiert am Freitag, den 8. November 1946, im Rahmen des Bildungswerkes der städtischen Hochschulen ein Sinfonie-konzert des Städtischen Orchesters. Auf dem Programm stehen die „Häufige Sinfonie“ von W. A. Mozart, „Tod und Verklärung“ von R. Strauß und „Sinfonie Nr. IV in f-moll“ von P. Tschaikowsky.

Franziska Gal, die bekannte ungarische Filmschauspielerin, ist nach Wien engagiert worden. Sie wird bei der Kollektiva-Filmgesellschaft die Hauptrolle des Films „Die Freiheit einer Frau“ spielen. Als Regisseur des Films ist Willy Forst oder Karl Forst in Aussicht genommen. Bis zum Beginn der Aufnahmen, die am 7. Jänner erfolgen sollen, darf Franziska Gal weder auf der Bühne, noch in einem anderen Film auftreten. Der Film wird am Rosenhügel gedreht.

### Neue Bücher

Eine Besprechung behält sich die Redaktion vor

Strakale Heinz: „Die Österreichische Alpine Montan-Gesellschaft“, ihre Entstehung, Entwicklung und Bedeutung. „Das Wirtschafts-Archiv“, eine volkstümliche Schriftenreihe, herausgegeben vom Archiv für Wirtschaft und Presse, Heft 1. Wien 1946, 30 Seiten, S. 2,50.

Wallisch Paula: „Ein Feld stirbt.“ Verlag der Sozialistischen Partei, Landesleitung Steiermark, Graz 1946, 206 Seiten.

Lux P. T.: „Österreich 1918—1938 eine Demokratie?“ Betrachtungen eines Neutralen. Graz 1946, Leykam-Verlag Graz-Wien, 129 Seiten.

Kollmann Josef: „Der Prozeß Kollmann.“ Ein mißlungener Anschlag der Nationalsozialisten im Spiegel der stenographischen Protokolle. Baden 1946, Im Selbstverlag des Herausgebers, 145 Seiten.